

*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Gesprächsabend der Kolpingfamilie Bürgstadt  
am 25. November 2011**

**Rede von**

Barbara Stamm, MdL

Präsidentin des Bayerischen Landtags

*„Hält der Generationenvertrag noch?“*

---

Anrede,

ob Adolph Kolping sich jemals hätte träumen lassen, dass wir heute – rund 150 Jahre nach Gründung der ersten Kolpingfamilien in Deutschland – uns Gedanken über die Solidarität zwischen den Generationen machen?

Schließlich war Adolph Kolping ein großer Verfechter der Solidarität, mehr noch: Er war, wenn man so will, ein **Vorläufer** moderner Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik. Er hatte erkannt, an welchen Verhältnissen die damalige Gesellschaft litt:

- Ausbeutung statt fairer Lohn
- Egoismus statt Solidarität
- Verwahrlosung statt Bildung
- Habgier statt Gerechtigkeit.

Zurück zur Gegenwart: Übrigens nicht nur wir hier in Bayern, sondern auch unsere Nachbarn in Österreich,

die in ähnlicher Weise das solidarische System aufgebaut haben, macht man sich Gedanken um die Generationengerechtigkeit:

Laut einer entsprechenden Studie aus dem Frühjahr 2010 hält die Mehrheit der Österreicher den Generationenvertrag nicht mehr für umsetzbar.

Wie ist die Ausgangslage?

Fakt ist auch, dass unser soziales Sicherungssystem, das auf den Pfeilern von individueller Verantwortung und gesamtgesellschaftlicher Organisation beruht, in eine **Schiefelage** geraten ist. In eine Schiefelage, deren Schwerpunkt eindeutig bei der gesamtgesellschaftlichen Organisation liegt.

[Zitat Lammert: „*Deutschland ist heute das Land mit den jüngsten Rentnern und ältesten Studenten, mit den kürzesten Arbeitszeiten und den längsten Urlaubszeiten weltweit, mit einem mittelmäßigen Bildungssystem und einem übermäßigen Verwaltungssystem, mit unverändert hohen Ansprüchen und ausgeprägt niedriger Veränderungsbereitschaft.*“]

Zu diesem „**Sozialstaat mit deutlichem Gefälle**“ gesellt sich eine demographische Entwicklung, die große Auswirkungen auf viele Bereiche in unserer Gesellschaft hat. Ich denke, die Zahlen und Prognosen sind allen bekannt: Die Deutschen werden älter und weniger. Das eine ist gut, das zweite ist schlecht – nichtsdestotrotz wird uns diese Tatsache die nächsten Jahrzehnte beschäftigen, selbst wenn es jetzt zu einer unerwarteten sprunghafte Erhöhung der Geburtenrate käme.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, in aller Deutlichkeit zu sagen: Das ist keine Katastrophe. Für Alarm und Panik gibt es überhaupt keinen Grund. Es geht auch nicht um Alt gegen Jung oder um einen „Methusalem-Komplott“ – wie der aufreißerische Titel eines Buches vor einigen Jahren lautete. Von diesen düsteren Gedanken und Prognosen müssen wir uns lösen. Wie jede Veränderung eröffnet auch die demographische Entwicklung Chancen. Ohne dies weiter vertiefen zu wollen, denke ich an den Bereich der Bildung oder des Städtebaus.

Diese Chancen eröffnen sich allerdings nur dann, **wenn man den Wandel gestaltet.**

**Gestalten heißt dabei auch neue Wege zu gehen.**  
**Fest steht, dass auf der einen Seite die Basis der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme durch immer weniger Erwerbstätige und den steigenden Rentneranteil wegbricht und auf der anderen Seite der Finanzbedarf der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung stetig zunimmt.** Wir müssen bereit sein zum Verzicht, wenn wir den Generationen nach uns nicht einen sozialpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen wollen.

Ist unser Sozialversicherungssystem nur für gute wirtschaftliche Zeiten geeignet? Hält es keiner Krise stand? War die Einführung des umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystems etwa ein gravierender Fehler in unserer Geschichte, der zur Schaffung eines langfristig nicht überlebensfähigen Systems geführt hat?

Vorab kommt aus meiner Sicht eine **Alternative zum umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystem** nicht in Frage.

Bei der Reform der Rentenversicherung Ende der 50er Jahre lehnte man ganz bewusst das Fürsorgeprinzip ab und entschied sich stattdessen für das Sozialversicherungsprinzip. Das garantierte zwar kein

Existenzminimum. Aber es wurde ein Fürsorgesystem installiert, das gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Leistungen erbringt, wenn die Leistungen der Selbsthilfe nicht ausreichen. Erst Fehler und Versäumnisse in den Folgejahren, vor allem in den 70er Jahren, sind der Grundstein – zusammen mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen – für die derzeitige Situation. Man hat zum Beispiel die Aufstockung des Kapitalstocks der gesetzlichen Rentenversicherung versäumt. Die Einführung einer „Rente nach Mindesteinkommen“ und der flexiblen Altersgrenze haben den Charakter der Rentenversicherung als Versicherung verformt. Das Sozialversicherungsprinzip wurde mit der Zeit mehr und mehr durch Elemente des Fürsorgeprinzips ersetzt. Die weitere Entwicklung ist uns allen bekannt. Insofern müssen wir das **in der Rentenversicherung angelegte Sozialversicherungsprinzip wieder stärken**. Dazu gehört für mich z.B. die stärkere Berücksichtigung derjenigen Versicherten, die zur Fundierung des Systems durch Erziehung, Ausbildung und Finanzierung einer nachfolgenden Generation von Beitragszahlern beigetragen haben.

Das ist allerdings nur eine Facette in unserem Problem-  
bündel.

**Die Lösungsstrategie für unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme umfasst zwei Ebenen: die des öffentlichen Bewusstseins und der konkreten politischen Entscheidungen.**

Im öffentlichen Bewusstsein müssen drei Prinzipien wieder mehr Geltung erhalten, nämlich **Freiheit, Subsidiarität und Gemeinwohl.**

In den letzten Jahrzehnten wurde in der Sozialpolitik der Gleichheit höchste Priorität eingeräumt, während die Bedeutung der **Freiheit** zunehmend nivelliert wurde. Meist wurden vor allem die Missbrauchsmöglichkeiten, aber zu wenig die Chancen freien Unternehmertums gesehen. Wohin Gleichheit ohne Freiheit führt, haben wir an den kommunistischen Systemen des Ostblocks studieren können. Ich möchte damit keinesfalls einem ungezügelten Wirtschaftsliberalismus das Wort reden, aber Gleichheit und Freiheit müssen wieder in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander gebracht werden.

Der Freiheitsaspekt war in der Vergangenheit deshalb nicht so populär, weil damit auch ein höheres Maß an Eigenverantwortung verbunden ist.

Damit bin ich beim zweiten Stichwort, nämlich bei der **Subsidiarität**, also bei dem Grundsatz, dass jeder das, was er zumutbar selbst leisten kann, auch selbst leisten soll, und die Solidargemeinschaft nur dann einspringt,

wenn die notwendige Hilfe über die Kraft des Betroffenen hinausgeht. Eine konsequente Anwendung dieses Prinzips würde nicht nur den Sozialstaat entlasten, sondern auch den Menschen als eigenständiges, nicht ständig vom Staat zu bevormundendes Wesen ernst nehmen.

Als drittes Stichwort habe ich das **Gemeinwohl** genannt. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden nicht umhin kommen, den Staat wieder stärker als eine Sache zu begreifen, für die sie sich selbst einzusetzen haben. Die Zeiten sind vorbei, in denen auf das regelmäßige Eintreffen staatlicher Wohltaten zum Nutzen des Gemeinwohls durch „Vater Staat“ vertraut werden konnte. Der Staat muss vielmehr wieder als eine echte „res publica“, also eine „öffentliche Sache“ aller wahrgenommen und unterstützt werden. Doch hat diese Unterstützung nicht nur in finanzieller Hinsicht ihre Berechtigung. Ich habe ja vorhin schon einmal darauf hingewiesen, dass es gerade der komfortable Ausbau des Sozialstaates war, der bei vielen Bürgerinnen und Bürgern die Orientierung am Gemeinwohl verkümmern ließ.

Dieser Bewusstseinswandel muss in Deutschland stattfinden, wenn die notwendigen Reformen greifen sollen.

## Vom Generationenvertrag zum Generationenbündnis

Aufgrund der demographischen Entwicklung kann der Generationenvertrag – das Fundament der Rentenversicherung – in seiner bisherigen Form kaum noch aufrecht erhalten werden. Erste Änderungen sind ja auch bereits in der Umsetzung, wie zum Beispiel das höhere Renteneintrittsalter.

Der Generationenvertrag der Zukunft darf sich nicht allein auf die Altersversorgung beziehen. Er muss viel weiter gefasst werden. Das Miteinander der Generationen muss oberste Priorität haben. Dazu gehören mehrere Punkte:

- **Keine Generation darf der nachfolgenden mehr zumuten als sich selbst.** Wir müssen ganz klar erkennen: Aufgrund des Rückgangs und der starken Alterung der Bevölkerung und der damit verbundenen Fehlentwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten wird die Handlungsfreiheit der nachwachsenden Generationen immer mehr eingeschränkt: sie werden überfordert durch die hinterlassenen Verpflichtungen der vorangehenden Generationen, die sich mehr geleistet haben, als sie leisten konnten oder wollten. Das bedeutet:



- Die innovative Kraft der Jugend muss mit der Erfahrung des Alters verbunden werden – das gilt ganz konkret für die Arbeitswelt. Das heißt aber auch, dass die älteren Menschen auf dem Arbeitsmarkt eine Chance erhalten.
- Beide Seiten müssen bereit sein, nicht nur zu nehmen, sondern auch zu geben.
- Rente muss als Lohn für Lebensarbeitsleistung gelten und nicht als Almosen.
- Die ältere Generation darf auch nicht aus der Pflicht entlassen werden, für die Zukunft der Jugend zu sorgen.
- Familien müssen noch mehr als bisher gestärkt werden. Denn die Familien sind die Grundlage für die Solidarität der Generationen. Fit für die Zukunft ist unser Staat erst, wenn sich Familien und Kinder bestmöglich darin entfalten können. Gerade Adolph Kolping unterstrich in seinen Worten immer die Bedeutung von Familien. *„Das Familienleben und sein Wohlstand“*, sagte er einmal, *„ist wichtiger als alle Wissenschaft der Gelehrten, als alle Kunst großer Geister, als alle Macht der Mächtigen.“*
- Überall dort, wo das Miteinander von Jung und Alt sinnvoll ist, sollte es gefördert werden. Ich denke

an bestimmte Wohnformen, an Mehrgenerationenhäuser, an Projekte auf kommunaler Ebene, in Schulen, in Museen und natürlich in der Arbeitswelt.

- Und auch das Bildungswesen wirft Fragen auf: Sind unsere Bildungspläne noch zeitgemäß? Sind wir uns darüber im Klaren, dass die Jugend von heute junge Europäer sind, deren Bildungshorizont nicht an der nationalen Grenze aufhören darf? Gerade auch im Bildungsbereich spielt das Generationenverhältnis eine besondere Rolle. Bildung und Erziehung spiegeln das Interesse der Generationen aneinander wider. Bereits der Theologe und Philosoph **Friedrich Schleiermacher** hat dies in seinen Vorlesungen angesprochen (1826): *„Ein großer Teil der Tätigkeit der älteren Generation erstreckt sich auf die jüngere, sie ist umso unvollkommener je weniger bewusst wird, was man tut und warum man es tut.“* Damals wie heute sind Bildung und Erziehung Teil eines geistigen Generationenvertrages, der wiederum der jeweils nächsten Generation Kultur erschließt.
- Zu diesem geistigen Generationenvertrag gehört für mich auch, dass jedes Kind Chancen auf eine umfassende Bildung hat.

Das Generationenbündnis als Zusammenhalt und gelebter Gemeinsinn ist der Grundbaustein für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren,  
bei vielen Gesprächen mit Vertretern der jüngeren und der älteren Generation ist vor allem eines deutlich geworden: Allen gemeinsam ist das Anliegen, bei allen unterschiedlichen Rahmenbedingungen **die Leistung der jeweiligen Generation wertzuschätzen.**

**Die Wertschätzung von Menschen und ihren Leistungen ist ein unverzichtbares Fundament, wenn es um den natürlichen Zusammenhalt zwischen den Menschen und die Solidarität zwischen den Generationen geht.**

Gerade die Kolpingfamilien leisten Großartiges, wenn es um das Miteinander in unserer Gesellschaft geht. Was die Mitglieder des Kolpingwerkes Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr um Jahr tun, ob haupt- oder ehrenamtlich, lässt sich in Euro nicht berechnen. Doch eines lässt sich mit Sicherheit sagen: Es ist unverzichtbar. Unverzichtbar für Staat und Gesellschaft, unverzichtbar für die betroffenen Menschen. Mit ihrem Ein-

satz setzen die Mitglieder der Kolpingfamilien ein deutliches Signal gegen die schleichende Entsolidarisierung der Gesellschaft. Oder um es mit unserem Gesellenvater zu sagen:

*„Die Zeit ist immer gleich gut und gleich schlecht am Ende vom Jahr wie am Anfang. Nur die besseren Menschen machen die Zeiten besser.“*

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.